

Sallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 419.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 194.

Preis für Halle und die Gegend 2,50 Mark, für die übrigen Provinz 3,00 Mark. Die Sallesche Zeitung erscheint wöchentlich samstags. — Druck- und Verlagsanstalt: Sallesche Buch- und Zeitungsverlagsanstalt, Halle, Unterwallstraße 11/12. (Eigentümer: Sallesche Buch- und Zeitungsverlagsanstalt, Halle.)

Erste Ausgabe

Abgabe für die Postämter 10 Pfennig. Die Sallesche Zeitung ist für die Postämter als Zeitung für den Ausland zu behandeln. — Abgabe für die Postämter 10 Pfennig. Die Sallesche Zeitung ist für die Postämter als Zeitung für den Ausland zu behandeln. — Abgabe für die Postämter 10 Pfennig. Die Sallesche Zeitung ist für die Postämter als Zeitung für den Ausland zu behandeln.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 27. Telefon Nr. 152.

Sonntag, 7. September 1901.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 3. Telefon-Nr. VII Nr. 1494.

Zur ländlichen Arbeiterfrage.

Verschiedene Leute sind schon wieder dabei, sich über die Aufgaben zu verbreiten, die den Reichstag in seiner kommenden Tagung zu beschäftigen haben würden. Es gehen über die beiden wichtigen Angelegenheiten, den Etat und den Zolltarif, weit hinaus und kommen abermals mit allerlei sozialreformerischen Plänen, deren gesellschaftliche Verwirklichung wir wünschen. Unsere Meinung über die Eiferer und ihre fruchtlosen Projektentwürfe brauchen wir nicht zu wiederholen, um wir glauben auch nicht, daß die verbündeten Regierungen geneigt sein werden sich neben der Abmilderung des weitwichtigen Werkes der Zolltarif-Reform noch auf langfristige Lebtaten über neue sozialpolitische Anträge einzulassen, welche auch nicht selbst mit solchen Anträgen zu kommen. Darum werden allerdings einige wichtige, noch immer der Lösung harrende Fragen aus dem genannten Gebiete nicht von der öffentlichen Wiedergabe ausbleiben. Hierbei zählen wir den Mangel ländlicher Arbeitskräfte, der nicht aufhört, ein besonders unruhmvolles Punkt für das wirtschaftliche Dasein unserer Landwirtschaft zu sein, obwohl man sie und da geneigt hat, die wichtigsten Arbeiterentwässerungen in der Industrie müßigen irgendeine eine gewisse Wirkung auf die ländlichen Verhältnisse anzuwenden. Das ist leider nicht der Fall gewesen, und es ist auch kaum anzunehmen, daß ein ständiger Arbeiter auf dem Lande Beschäftigung finden soll. Wenn in der letzten parlamentarischen Session im preussischen Landtage eine Vorlage erarbeitet wurde, welche die Befreiung des Kontraktbrüdes landwirtschaftlicher Arbeiter bestimmte, so hat sich diese Erwartung, wie man weiß, nicht erfüllt. Von einer gesetzlichen Bindung der Verpflichtung ländlicher Arbeiter, ihre Verpflichtungen gegenüber dem Arbeitgeber einfach zu brechen, um herabzu sinken von der ländlichen Scholle loszukommen und in der Stadt nach Gewinn bringender Tätigkeit nachzugehen, wäre, wenn auch seine völlige Befreiung, so doch gewiß eine wertvolle Linderung der Notlage des Arbeitermangels zu erwarten. Man wird zwar, sollte der neue Landwirtschaftsminister mit einer Vorlage begehrender Art Ernst machen, den Einwand in verächtlicher Form wiederholen, es dürfe nicht Sache des Strafrechts sein, das Brechen von Verpflichtungen, welche zivilrechtlicher Natur seien, mit Strafe zu belegen. Jedoch für den Gesetzgeber müssen nicht sowohl rechtlich formelle Gründe, als unter Umständen auch Erwägungen des öffentlichen Wohles maßgebend sein. Dem gehört es aber beispielsweise, wenn in der Gesetzgebung ländlichen Wirtschaften aus wirtschaftlichen Arbeitsverhältnissen flüchtend und so nicht allein die Arbeitgeber unmittelbar betroffen werden, sondern auch die für einen Teil der Volksernährung bestimmte landwirtschaftliche Produktion eine empfindliche Schädigung erfährt. Der Ausweg, nur die Verteilung von Kontraktbrüden zu bestrafen, bedeutet einen Widerspruch in sich selbst. Wenn denn der Kontraktbruch selbst straflos bleibt, so kann auch die Verteilung dazu keinen Anlass in sich schließen. Die Ablicht, Straf- Agitatoren abzuwechseln, ist ja gut; allein das heißt einen Liebel nur halb beugen, umso mehr als die aus den Städten an die ländlichen Arbeiter herantretenden Verbindungen auch ohne unmittelbare Agitatoren stark genug sind. Ein anderes Vergeht gegen die Landflucht wäre die bekannte Gruppe sozialpolitischer Eiferer, welche die Befreiung des Kontraktbrüdes gänzlich verweigern. Ihre Anhänger, die vielfach geistige und rasche Praxis völlig außer Acht lassend, wollen die Arbeiterfrage-Gesetzgebung, wie sie für die gewerblichen Arbeiter existiert, gleichartig auf die ländlichen Arbeiter übertragen wissen. Sie glauben offenbar, daß dieser Schuß, den der industrielle Arbeiter genießt, eines der Hauptmittel sei, das den Landarbeiter in die Stadt treibe. Und noch weiter wollen diese Vorkämpfer gehen, indem sie verlangen, daß auch das Gefinde der ländlichen Betriebe im vollen Maße der Wohlthaten der Arbeiterfrage-Gesetzgebung teilhaftig werden soll. Es leuchtet auch dem Laien in diesen Dingen ohne Weiteres ein, daß die ländlichen landwirtschaftlichen Wirtschaften so wesentlich andere als die industriellen Betriebe sind, daß es geradezu Monstrositäten, beide unter den einen Hut derselben Gesetzgebung zu bringen. Man braucht nur zu bedenken, daß eine Fabrik in ihrer Tätigkeit von Naturereignissen ganz unabhängig ist, während die Landwirtschaft sich zum großen Teil nach Wind und Wetter zu richten hat, wobei schon von einer bestimmten Arbeitszeit, wie sie in der Industrie eingehalten wird, auf dem Lande gar nicht die Rede sein kann. Das gilt für mittlere und kleinere Landbetriebe noch mehr als für die großen. Dazu würde dem Landwirt mit einer Arbeiterfrage-Gesetzgebung nach dem Muster der für die Industrie existierenden eine Notwendigkeit auferlegt werden, die unter Umständen empfindlicher werden müßte, je weniger eine solche Gesetzgebung die Landflucht der Arbeiter verhindern könnte. Und daß für den Mangel ländlicher Arbeitskräfte Gründe anderer Art als mangelhafte Arbeiterfrage-Gesetze vorhanden sind, braucht nicht erst nachgewiesen zu werden.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 6. September.

Das Centrum und der Zolltarifentwurf. Nachdem es von dem Kaiserlichen Reichstag die Abgeordneten der Sozialdemokratie zum Zolltarifentwurf, ohne selbstverständlich sich auf Einzelheiten einzulassen, zusammengefaßt geäußert

haben noch zwei Reichstagsabgeordnete der Centrumpartei das Wort zu dieser Angelegenheit ergriffen. In einer Verlesung zum Rheinbad erklärte der Abgeordnete Spahn, die Hölle dürften nicht so hoch genommen werden, daß sie die ausländische Getreidebesitzer völlig fernhalten, die Zolltarife seien also so zu bemessen, daß durch sie immer der Versuch mit dem Auslande nicht gescheitert werde. Bekanntlich sind diese Gesichtspunkte bei den Vorarbeiten im Reichshauslichen Ausschusse stets maßgebend gewesen und sind auch in dem vorliegenden Tarifentwurf zum Ausdruck gelangt. Den darin enthaltenen Getreidezollfragen wird also das Centrum nach der Äußerung des Abgeordneten Spahn keinen Widerstand entgegen setzen.

In Winden sprach Abgeordneter Dr. Fischer über die Höhe der Getreidezölle und führte dabei u. a. Folgendes an:

„Was die Stellung des Centrums anbetreffend, so sei für dasselbe zunächst die in dem Reichstag gefasste Resolution maßgebend. Wie die einzelnen Sätze ausfallen werden, könne er noch nicht sagen, da die Fraktion noch keine Beratung gehabt habe. Das Vertrauen dürften aber die Wähler zur Fraktion haben, daß sie auch hier ihren ersten Grundsatz beibehalten werden, der die ausgleichende Gerechtigkeit im wirtschaftlichen Leben treu bleiben werde.“

Ferner sei noch folgender Kommentar verzeichnet, den die „Kölnische Volkszeitung“ der Danabrüder Resolution auf den Weg gegeben hat:

„Der Wortlaut verleiht — so schreibt das führende Centrumsorgan — beweist, daß man der Fraktion freie Hand lassen wollte, weil man zu ihr das Vertrauen hat, daß sie das Richtige treffen werde. Im Grunde ist die Resolution anders nichts als eine Verhütung und Anerkennung der bisherigen Haltung der Fraktion in der Zollfrage. Die Notwendigkeit höherer landwirtschaftlicher Zölle ist wohl vielen allgemein anerkannt worden, und an parlamentarischem Grundbesitz hat sie sich vielfach bekämpft. Aber ebensowenig wie diese Grundbesitzer bereits ihre Einzelheiten das letzte Wort sagten, hat die Fraktion sich festgelegt.“

So wie die Centrumsfraktion stehen übrigens die anderen Fraktionen — abgesehen von der roten Allianz, die mit ihrer Stellungnahme schon vor Erscheinen des Entwurfs für sich fertig war — ebenfalls. Aus den vorstehenden Rundreden wird er ersichtlich, daß das Centrum eine einmütige Haltung zu Gunsten der Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle erwartet werden darf.

„Hungerbrüden“. In der illustrierten Beilage des freireichigen „Berliner Tageblatts“ ist ein Bröckchen aus dem Notstandsjahre 1847 abgebildet zu dem Zwecke, um die geringe Größe der Bröckchen zu veranschaulichen, die eintreten würde, wenn es den „Maracern“ gelingen sollte, die geplanten Getreideerhebungen durchzuführen. Ein dreifacher Schmelz, eine offensichtlichere Spekulation auf die Dummheit der Völker ist wohl noch nicht getrieben worden. Die geplante Zollhöhe soll demnach die jetzigen Zölle nicht übersteigen, die bereits vor zehn Jahren bei uns in Geltung waren. Es wäre also angeblich die Bröckchen aus jener Zeit und daneben zum Vergleich die heutigen Bröckchen abzubilden. Bei dem Ansturm auf die Getreidezölle zu Anfang der neunziger Jahre ließen die freihändlerischen Militanten Prole haben, um dadurch zu zeigen, wie groß das Gebäd werden würde, wenn wir Zollfreiheit hätten. Nun, seitdem die Zölle um ein Drittel ermäßigt sind, ist das Brot nicht billiger, sondern teurer geworden, und wenn wir Zollfreiheit hätten, würden es auch andere Leute als die Kommentatoren sein, die den Zollnachlaß in ihre Taschen stecken.

„Unter Kameraden ganz egal“. Das illustrierte Heftungsblatt, das die Sozialdemokraten in jüngster Zeit in Berlin und Umgebung in etwa einer Million Exemplaren herbeibrachten, enthält u. a. die Schilderung eines Arbeiter-Lebenslaufes mit Bezug auf die Belastung durch die Zölle. Sehr anziehend wird da geschildert, wie der Arbeiter das Brot verliert und gleich beim Frühstück seinen Kaffee- und Zuckersoll entrichtet, dann den Brotzoll zahlt und auch vom Schnaps- und Salzoll, dann vom Bier- und Schnapsoll bedrückt wird, wie er dann in der Kleidung und in anderen Gebrauchsgegenständen seine Großen entrichtet und „schuffen“ muß, damit der „Reichstangler mit den Zuckern“, den Schnapsbrennern und den Zuckerbauern föhlich schmausen“ kann. Diese Idee hat den braven Freireichigen so gut gefallen, daß sie sie fings übernommen und noch „interessanter“ ausgestaltet hat. In der „Wesener Zeitung“ ist ein lauter Angriff zu lesen unter dem Titel „Der Tageslauf eines guten deutschen Staatsbürgers nach dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs“. Dieser Aufsatz ist nichts als eine Anleihe an das Heftungsblatt der gemäßigten reformierten Sozialdemokraten. Früher hätte es eine anständig freireichige Zeitung verfaßt, gerade sozialdemokratische Ideen „nachzuempfinden“. Heute sind die Brüder der roten Allianz einander so nahe gerückt, daß es auch hinsichtlich des beiderseitigen „gehitzen“ — oder vielmehr gestillten Eigentums heißt: Unter Kameraden ist das ganz egal.

Ein tafelloser Kommerzienrat ist Herr Wehler aus Wien, der gelegentlich des Berliner Binnenwirtschaftskongresses gegen den neuen deutschen Zolltarif Stimmung zu machen suchte und mit der Ausrufung des höchsten Wortes „Was um Auge, Sohn um Zahn“ aus-

ländische Repressalien in Aussicht stellte. Man denke: ein österreichischer Gast in Deutschland waagt diese Provokation, obwohl ihm doch bekannt sein muß, daß Österreich-Ungarn schon vor zehn Jahren und speziell zu dem Zwecke, bei den Handelsvertragsverhandlungen gerichtet zu sein, seinen Tarif bedeutend erhöht hat, während Deutschland es sich in diesen notwendig gewordenen autonomen Schritt zu thun sich entschlossen hat. Wenn der Wiener Kommerzienrat die speziellen Interessen seines Patrioten vertritt, so ist nichts dagegen zu sagen; nur mag er es zwischen den vier Wänden seines Damms thun. Vorarbeitlich für die freihändlerischen Tendenzen der Vinnenschiffahrts-Organisation ist es übrigens, daß die Verlesung die Propositionen des österreichischen Herrn mit „anbahnendem Beifall“ begleitete.

Der Reichstagsabgeordnete v. Siemens hat es mit dem Freireich, namentlich mit dem der männlichen Richtung, namentlich vollends verbunden, da er für die „Wißig-Marrier“, die sich dem Berliner Handelskammer gegenüber wehren, eine kräftige Kampagne anzettelt. Die „Freireichige Zeitung“ ist besonders darüber ganz entzückt, daß Herr von Siemens die Ansicht vertritt, der Händler müsse mit einem Gewinn von 50 Prozent zufrieden sein und dem Produzenten wenigstens fünf gönnen, daß er auf die Kosten kommt. Nach freihändlerischer Doktrin allerdings ist die Handelsfreiheit unbeschränkter Ausbeutungsbetrieb für jede Art von Handel. Während die übrigen Produzenten den Preis für ihre Waaren selbst bestimmen, soll dies bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen ausschließlich Aufgabe des Handels sein. Allerdings hat die „Freireichige Zeitung“ recht für die „Marrier“ und nicht ohne Grund, sondern für alle einflussreichen Menschen liegt die Schlagschlagung nahe, daß die Ausführungen des H. v. Siemens auch für den Getreidehandel zutreffen. Vielleicht befehrt sich der Vorsitzende des Handelsvertragsvereins mit der Zeit auch zu diesen Anschauungen.

„Unter falscher Flagge“. Wie wir mitgeteilt haben, hat der „Berein deutscher Erber“ in seiner letzten Generalversammlung gegen die im neuen Zolltarifentwurf vorgesehene Erhöhung des Zolls auf die „Marrier“ und nicht ohne Grund, sondern für alle einflussreichen Menschen liegt die Schlagschlagung nahe, daß die Ausführungen des H. v. Siemens auch für den Getreidehandel zutreffen. Vielleicht befehrt sich der Vorsitzende des Handelsvertragsvereins mit der Zeit auch zu diesen Anschauungen.

Das Kaiserpaar, der Kronprinz und Prinz Giselher Friedrich, die heute in der Frühe die Reise angetreten haben, treffen in Königshagen Abends um 7 Uhr ein. — Wie man berichtet, wird die Kaiserin nach Schluß der Flottenmanöver und nach Beendigung des Aufenthaltes in Göttingen auf seiner Jagdreise nach Pommern begleitet. Wie verlautet, ist auch diesmal, wie in früheren Jahren, die Parade aufgestellt worden, in welcher ein Teil des Gefolges untergebracht wird, während die Kaiserin wieder im Jagdhause Wohnung nehmen wird. — Wie ein Telegramm aus Wilhelmshöhe mitteilt, verlassen die beiden jüngsten Kinder des Kaiserpaars, Prinz Joachim und Prinzessin Viktoria, am Sonntag das dortige Schloss, um nach Potsdam zurückzufahren.

„Jagdbühne des Kaisers in Oberschlesien“. Wie man über Breslau meldet, wird für den Anfang des Monats November ein Jagdbühne des Kaisers beim Fürsten Fendel von Donnermord erwartet. Diese dürfte sich nach ein Jagdbühne beim Fürsten Fendel bei Schlesien und beim Fürsten von Wetzlar befinden.

Der Reichstag des deutschen Kronprinz in England, der dieser Tage beendet werden ist, wird in London eingeweiht. Freilich auf die Bestimmungen im Testament der Kaiserin Friedrich zurückzuführen.

Verwaltungsnotizen. Der Staatssekretär des Reichsministeriums, Viszeministerialrat v. Topp, wird am Sonntag Abend in Danzig eintreffen und in Folge „Danziger Post“ die dortige Lage des Reichs in den Provinzen und in der Provinz Danzig mit sich auf der russische Generaladmiral Gesskoff bei Danzig mitnehmen. Er wird dabei von dem Marineattaché bei den nordischen Mächten, Reichsattaché Schimmelman, begleitet sein. — Prinz Friedrich Leopold von Preußen ist gestern, vom russischen Jagdbühne Danzig kommend, in Danzig bei Danzig eingetroffen, um dort verweilen zu können und zu nehmen und zu nehmen.

feung des endlichen Beschlusses vorzuziehen und neu auszuführen. ... Dabei finden die Telegraphenlinien fortwährend unterbrochen, wie z. B. seit Wochen ein regelrecht telegraphischer Betrieb zwischen Pretoria und der Natal-Kolonie unmöglich gewesen ist und nur von Zeit zu Zeit, je nach den Bewegungen der betreffenden englischen Truppen in dem riesigen Gebiete zwischen Pretoria und Ladysmith, für Stunden oder wenige Tage intakt gehalten werden kann. ...

des Anquils der Führer der Virlanders ... im Kapland, ...

Bei Schluß der Redaktionen gingen noch folgende Telegramme ein, welche die obigen Darlegungen vollständig bekräftigen: Kapstadt, 6. Sept. Aus den Freistaaten laufen Berichte ein, nach welchen die Buren keineswegs geneigt sind, am 15. September die Waffen zu strecken. ...

London, 6. Sept. Aus Amsterdum wird der 'Daily Mail' gemeldet, das Verlangen Krieges verurtheilt große Verwirrung; die Regie rufen ihm, nach der Mittelmeerflotte zu gehen, ...

London, 6. Sept. 'Morningleader' tadelt energisch die Regierung wegen der Verfassung Dr. Krause's. Derselbe sei in Südafrika bei den Engländern ergebene Kolonien eine ansehnliche Persönlichkeit. ...

Kapstadt, 6. Sept. Der Burenkommandant Sappers, welcher in die Kapkolonie eingedrungen und bereits in die Nähe der südwestlichen Spitze vorgedrungen ist, soll eine weit größere Anzahl holländischer Rekruten in der Kapkolonie gefunden haben, als er brauche. ...

Risibabon, 6. September. Der Generalgouverneur von Mosambique hat die Regierung benachrichtigt, daß die Grenzbehörden von den Buren verlassene große Lager von Waffen, Pulver, Patronen und Dynamit entdeckt und beschlagnahmt haben. ...

London, 6. Sept. 'Morningleader' schreibt über die Kriegskosten: Bisher habe das englische Volk noch nicht angefangen, die Kriegskosten zu bezahlen, sondern nur für die laufenden Bedürfnisse gesorgt. ...

Ausland.

Frankreich.

Der Pariser Sicherheitsbehörde ist aus Petersburg die Nachricht zugegangen, daß seit einigen Tagen eine Anzahl Russen und Anarchisten aus Russland vertrieben seien. ...

Türkei.

Ein zweiter englischer Zwischenfall. Die heutigen Londoner Morgenblätter besprechen eingehend einen zweiten englisch-türkischen Zwischenfall, der ebenfalls zu Ver-

stellungen Anlaß gegeben hat. Der englische Botschafter in Konstantinopel hat nämlich im Auftrage seiner Regierung bei der Pforte Protest erhoben gegen die Mißhandlung eines englischen Missionars auf türkischem Gebiete. ...

Amerikanische.

Die mittelfachliche Lage.

Mac Ainley hielt, wie telegraphisch schon gemeldet, in der pan-amerikanischen Ausstellung eine Rede, in der er ausführte: Unsere Produktionsfähigkeit hat sich außerordentlich entwickelt; unsere Produkte sind so zahlreich geworden, daß die Aufgabe, uns mehr Absatz zu verschaffen, dringende Aufmerksamkeit erfordert. ...

Behandlung deutscher Vapodates.

Die 'Zeit. Bl.' meldet aus New-York: Das Schicksal der deutschen Vapodates-Politik wird durch die Verhandlung in New-York direkt an dem Bestimmungsorte befristet werden.

Spanien.

Ein japanisch-englischer Zwischenfall.

'Daily Telegraph' meldet aus Yokohama: Ein Offizier des englischen Kriegsschiffes 'Ajax' ist von den japanischen Behörden verhaftet worden, weil er einen Arbeiter an Bord mißhandelt hatte. ...

(Die Kirchen- und Standesamts-Nachrichten befinden sich in der zweiten Beilage.)

Bezugspreis für die Redaktion Dr. Walter Gedenke'sche Halle, Strasse vom Rathenau von 6 bis 12 Uhr Vormittags. Für die Redaktion bezugslos. ...

Gothaer Lebensversicherungsbau.

Errichtet 1827. Eröffnet 1. Januar 1829.

Veränderungsbestand am 1. Septbr. 1901: 801 500 000 M. ...

Die Bedienung der Versichereten im Jahre 1901: 29-1247. ...

Die auf seiner Gelegenheit ihrer Mitglieder bestehende Gothaer Bank bequ Coast nicht einzelne Versicherer zu lassen, ...

der, in kleinen Verhältnissen geboren, über kleine Verhältnisse nicht hinauswachsen, stets geplagt, aber auch gefördert durch den Hunger, der Hunger nach Licht und Schönheit, nach Freiheit und Ehren. ...

ebenfalls haben als neue Irt, und zugleich das alte und neue Deutschland wie in einem Spiegel auffängt. ...

man leichter bei Raabe als die Handlung, die bei ihm, dem Symbolisten und Romantiker, das Unwiderliche ist und selbst dann kaum interessiert kann, wenn sie besonders phantastisch ausfällt. ...

